



## Niederschrift

22. Sitzung Hauptausschuss  
21. September 2021, 16:30 Uhr  
öffentlich  
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz  
Vorsitz: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

11.

### **Punkt 11 der Tagesordnung: Auftragsvergabe für die mobile tourenbegleitende und stationäre Reinigung von Abfallwertstoffbehältern**

**Vorlage: 2021/0930**

#### **Beschluss:**

Der Hauptausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und stimmt der Vergabe für die mobile tourenbegleitende und stationäre Reinigung von Abfallwertstoffbehältern für die Jahre 2022 und 2023 zu.

Die Verwaltung wird ermächtigt, den Zuschlag zu erteilen und einen Vertrag mit der Firma Kurz Entsorgung GmbH für die Dauer von 2 Jahren mit einem Gesamtauftragswert von 612.964,24 EURO (brutto) zu schließen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 11 zur Behandlung auf.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD)** möchte wissen, warum die Stadt das nicht selbst mache. Wurde bei diesem Konzept, welches Frau Bürgermeisterin Lisbach angesprochen habe, geprüft, ob diese Tätigkeiten Sinn machten?

**Bürgermeisterin Lisbach** präzisiert, man habe nicht jede einzelne Tätigkeit, die vergeben werde, geprüft. Hier gehe es um Müllladende. Diesen wolle man eine adäquate Beschäftigung bieten. Gleichzeitig sei man auch gefragt, im Rahmen der Fluktuation Stellen abzubauen. Dazu gebe es ein ganzheitliches Konzept. Im November werde man dies im Ausschuss vorstellen. Das Amt für Abfallwirtschaft ver gebe sehr viele Tätigkeiten nach außen. Bei der Biotonnenreinigung habe man, als man es damals beschlossen habe, eine ausführliche Vorlage gemacht, was es für die Preise bedeute, wenn man es ver gebe oder selbst mache. Damals habe man sich grundsätzlich entschieden, es zu vergeben. Man empfehle dringend, dabei zu bleiben.

**Stadtrat Hock (FDP)** weist auf die Berichterstattung in den BNN hin. Dort stehe, dass der Landkreis nicht von der roten auf die gelbe Tonne umstelle. In der damaligen Abstimmung im Gemeinderat sei man der Meinung gewesen, dass es alternativlos sei, dass es keine andere Möglichkeit gebe. Mittlerweile habe man sich in die Sachlage eingelese. Man sei nicht der Meinung, dass es abstimmungsreif gewesen sei. In diesem Zusammenhang kündige er einen Antrag für den Gemeinderat an, um dort neu zu diskutieren. Seine Fraktion habe sich damals enthalten, weil man sich unsicher gewesen sei. Wenn man damals schon gewusst hätte, was man umsetzen müsse und was man nicht umsetzen müsse, dann hätten einige hier im Gemeinderat anders abgestimmt.

**Der Vorsitzende** sagt zu, es noch einmal aufzurufen. Man habe ebenfalls einigen Klärungsbedarf. Er halte die Vorgehensweise, dass man nur mit einem Anbieter verhandeln dürfe, für fragwürdig. Es sei jedoch so, dass unterschiedliche Ausgangssituationen zu unterschiedlichen Ergebnissen führten. Dann könne die Empfehlung, die man dem Gemeinderat gegeben habe, aus der Ausgangssituation in Karlsruhe richtig sein, während es in Karlsruhe-Land eine andere Ausgangssituation sei. Es komme auf alle Fälle noch einmal ins Gremium, bevor etwas unterschrieben oder festgelegt werde.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD)** bestätigt die Aussage von Herrn Hock. Es sei so dargestellt worden, dass man keine Alternative habe. Daher habe man zugestimmt. Hätte man gewusst, dass dem nicht so ist, hätte seine Fraktion dagegen gestimmt.

**Bürgermeisterin Lisbach** führt aus, über die endgültige Abstimmungsvereinbarung werde der Gemeinderat noch entscheiden. Sie gehe davon aus, dass BDS es weiter kategorisch ablehne, diese Wertstofftonne weiterzuführen. Trotzdem habe man bei BDS nachgefragt, was es kosten würde, wenn man alle Mehrkosten für Sortierung und Fehleinwürfe übernehmen würde. Auch dies werde man dem Gemeinderat vorlegen. Dann könne völlig neu entschieden werden. Man habe sich sehr intensiv mit anderen Landkreisen und deren Systemen auseinandergesetzt, auch mit dem, was im Landkreis Karlsruhe verhandelt wurde.

**Stadtrat Hofmann (CDU)** präzisiert, es gehe nicht nur darum, was der Landkreis mache. Stadtrat Cramer habe klar gesagt, wenn wir das so machen, wie bisher, werde es gerade in größeren Wohnblocks zu Chaos führen. Von daher müsse man sich überlegen, was es uns wert sei. Seine Fraktion habe nur deswegen zugestimmt, weil es hieß, es sei gesetzeskonform, man könne nichts anderes machen. Ihm sei wichtig, jetzt keine Entscheidung zu treffen. Mit einer Beratung im Ausschuss zeige er sich einverstanden.

**Bürgermeisterin Lisbach** stellt klar, einfach so weitermachen wie bisher gehe nicht. Die Leichtverpackungen gingen in die Systemführerschaft der BDS. Man sei gezwungen sich mit BDS auf alles Weitere zu einigen. Im Verpackungsgesetz sei dies festgelegt. BDS habe kategorisch abgelehnt, die Wertstofftonne weiterzuführen. Wenn man entsprechendes Geld in die Hand nehme, bekomme man jedoch alles. Darüber müsse man reden. Nach dem derzeitigen Verhandlungsstand mit BDS habe man keine andere Möglichkeit, es sei denn, man kaufe sich ganz viel zusätzlich ein.

**Stadtrat Hock (FDP)** weist darauf hin, er habe damals explizit gefragt, ob es nur bei der Stadt Karlsruhe ausverhandelt sei. Die Aussage sei gewesen, es sei ausgehandelt, es gehe nicht anders.

Wenn man aber sehe, dass es andere Kommunen ähnlicher Größenordnung auch hinbekommen, dann müsse man sich fragen, warum es dort gehe.

**Der Vorsitzende** entgegnet, nach der Vorgabe, dass man sich mit BDS einigen müsse und nach dem bisherigen Verhandlungsstand, habe BDS kein anderes Angebot gemacht. Man könne nachfragen, was man drauflegen müsse. Es gehe nicht um die Größe der einzelnen Städte oder Kreise, sondern es gehe um die Ausgangssituation.

**Bürgermeisterin Lisbach** ist wichtig, die Ausgangssituationen seien komplett unterschiedlich. Jede einzelne öffentliche Einrichtung sei unterschiedlich zu betrachten. Es sei eine sehr komplexe Materie. Aber es gebe Gründe, warum BDS gesagt habe, man werde die Wertstofftonne nicht weiterführen. Man werde alles noch einmal darlegen. Dann könne der Gemeinderat entscheiden.

**Der Vorsitzende** meint, man sollte sich vielleicht auch einmal Gedanken machen, ob das System wirklich zielführend sei. Er halte es für schwierig, dass jeder Kreis für sich mit einem zugewiesenen Partner etwas vereinbaren solle.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt er über die Vorlage abstimmen und stellt einstimmige Zustimmung fest.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten –  
30. September 2021